

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Verleger: Amt Dresden Nr. 31307

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkwitz

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlagsgesellschaft Hermann Geyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 3.—, monatlich 1.—; bezgl. frei ins Haus vierteljährlich 3.42, monatlich 1.14; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 3.40, monatlich 1.20; bei Abholung d. Exped. vierteljährlich 3.—, monatlich 1.06.

Blasewitz
Donnerstag, 22. Mai 1919.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzeile oder deren Raum 40 Pf., im Zeitungs- und Anzeigen-Verzeichnis 50 Pf., für An- und Werbeflächen und dergleichen 35 Pf., Tabellen- und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Das deutsche Volk als Sündenbock für die Revolutionsregierung.

Ammer kampfhafter bemüht sich die Regierung, je näher die Stunde der furchtbaren Entscheidung naht, die erdrückende Verantwortung von sich auf das Volk abzuwälzen. Gerade für eine sozialistisch-demokratische Regierung ist es ja höchst unangenehm, diesen Frieden mit seinen unumstößlichen Bedingungen unterschreiben zu sollen. Denn von allen Deutschen am meisten betroffen werden von ihnen die Arbeitermassen, denen die sozialistischen und demokratischen Räder der Revolution mit dem von ihr herbeigeführten Frieden die höchste Glückseligkeit verhießen hatten. Jetzt mußte Reichspräsident Ebert in einer des Ansporns, die er am Sonntag bei einer der Berliner Protestkundgebungen gegen diesen Frieden hielt, folgendes betonen: die von den Feinden beabsichtigte wirtschaftliche Ausbeutung Deutschlands würde in erster Linie die Arbeiterklasse wehrlos machen, die unter diesen Bedingungen am schwersten zu leiden hätte; Hunderttausende von deutschen Arbeitern wären gezwungen, das Vaterland zu verlassen und draußen in der Welt unter jammervollen, elenden Arbeitsbedingungen Arbeit zu suchen! Daß dies die bittere Wahrheit, das traurige Ende der in den Arbeitermassen angezündeten schönen Erwartungen sein muß, dämmert ja jetzt selbst in den Köpfen der blindesten Sozialisten. Die entsetzliche Enttäuschung der Arbeiterklasse nach dem Faumel der Revolutionsworte muß sich nun gegen ihre Führer und vornehmlich gegen die sozialistische Regierung wenden. Und diese, im Gefühl ihrer Schuld, bemüht sich eifrig, wenn auch vergeblich, sich der Verantwortung zu entziehen. Damit zwingt die Regierung selbst zur Erörterung der Schuldfrage, so gern man diese jetzt, um der nationalen Einheit willen, bei Seite lassen möchte. Denn es geht nicht an, daß die heutigen Regierungsmänner jetzt, um sich selbst wehr zu bereiten, andere bezichtigen.

So aber muß man doch die Ausführungen kennzeichnen, die der sozialistische Reichswirtschaftsminister Wissell im Friedensausfluß über die Wirkungen der Friedensbedingungen auf unser Wirtschaftsleben machte. Er gab zu, daß das deutsche Wirtschaftsleben erwürgt, das deutsche Volk zu einer Ironie verurteilt werden soll, die sich erschrecken würde bis auf unsere Kinder, bis ins vierte Glied! Anstatt nun aber vernünftig einzugehen, daß wir dies Elend und diese Schmach der Verantwortlichkeit und Einseitigkeit unserer Sozialistenführer, der verbrecherischen Torheit der Revolution verdanken, wagt es der Minister, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als den Schuldigen anzuklagen. Er begann seine Ausführungen mit den erkannten Worten: „Das deutsche Volk ist immer sehr leichtgläubig und hoffnungsfreudig gewesen, das deutsche Volk hat auch in seiner übergroßen Mehrheit geglaubt, daß den von Wilson aufgestellten Grundbedingungen der Friedensbedingungen sein würden; in diesem Sinne hat es den Waffenstillstand angenommen.“ — Also ist es das deutsche Volk gewesen! Und die Regierungsmänner, die Sozialisten- und Demokratenführer sind durch die Leichtgläubigkeit des deutschen Volkes in Wilsons Netz verwickelt, in diesen Waffenstillstand verwickelt worden! Das ist doch der Gipfel der Lastenverteilung! Ein Parteiführer wie Wissell muß wissen, daß die Dinge genau entgegengesetzt liegen! Wer hat den Waffenstillstand angenommen? Die Revolutionsregierung; und das deutsche Volk hat sich in seine ungeheuerlichen Bedingungen nur gefunden, weil ihm die Regierung der Ebert und Scheidemann einredete, gerade die Unterwerfung unter diesen Waffenstillstand sichere und den Wilsonfrieden der Gerechtigkeit! Was hat das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit überhaupt von Wilsons Grundbedingungen gewußt? Doch nur das, was ihm die sozialistisch-demokratische Regierung in ihren endlosen Kundgebungen, Parliaments- und sonstigen Reden, in ihren Zeitungen, in den Anschlägen und Plakaten, mit denen sie das Land überschwemmte, eineredete, eingeschmeichelt, suggeriert hat, bis zur zwölften Stunde! Und wer diesem verblödeten Treiben entgegentrat, wer vor zu großer Leichtgläubigkeit warnte, den haben die Regierung und ihr Propagandaapparat als „Ariensverlängerer“, „Chauvinisten“, „Reaktionäre“, „Vollverräter“, beschimpft und verdächtigt. Heute aber, wo wir am Grabe des seltsamen Schwindels mit dem Wilsonfrieden stehen, möchte dieselbe rote Regierung den Kopf aus der Schlange ziehen und das deutsche Volk als den am furchtbaren Elend und der Schmach Schuldigen hinstellen. Das geht denn doch nicht an. Nein, wird jetzt, nach Wissells Wort, „ein Verbrechen an Kind und Kindeskind“ begangen, so sollen die Verantwortlichen dafür diejenigen tragen, die unser Volk in diesen Abgrund hineingeführt und hineingetrieben haben. Und wer das auf deutscher Seite ist, wer da allzu „leichtgläubig und hoffnungsfreudig“ gewesen ist, das müssen diejenigen am besten wissen, die heute am Regierungstische sitzen.

Politische Nachrichten.

Aus Versailles.

Der deutsche Gegenentwurf zu den Friedensbedingungen der Entente ist jetzt in seiner Hauptfasse fertiggestellt. Er ist am Montag dem Friedensausschuß der Nationalversammlung zur Kenntnisnahme vorgelegt und bereits nach Versailles unterwegs, wo unsere Delegation noch ihr letztes Wort dazu zu sagen hat. Man rechnet damit, daß er am Donner-

stag in allen Einzelheiten feststehen und dann wahrscheinlich nicht in einer feierlichen Sitzung, bei der die Gesamtvertreter der Entente und der deutschen Friedensdelegation zugegen wären, sondern formlos, auf dem Umwege über den Obersten Herrn Clemenceau als dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz zugänglich gemacht wird. Der deutsche Entwurf, über den schon mancherlei geheimnisvoll erzählt wird — ohne daß indessen jemand Genaueres weiß, denn die Mitglieder des Kabinetts des Friedensausschusses der Nationalversammlung haben sich zum Stillschweigen verpflichtet müssen — baut sich, das ist eine glatte Selbstverständlichkeit, auf den 14 Punkten Wilsons auf und macht in territorialen wie in wirtschaftlichen Fragen Zugeständnisse, die Deutschland zu erfüllen bereit und imstande ist. Ueber sein Schicksal läßt sich naturgemäß nicht das geringste voraussagen. Es ist möglich, daß die Entente es kurzerhand ablehnt und lediglich eine Nachfrist stellt, worin sie von „Ja“ oder „Nein“ verlangt. Es ist aber auch ebenso möglich — und bestimmt, allerdings nur inoffizielle Anzeichen sprechen dafür —, daß die Entente sich wenigstens in bestimmten Grenzen auf eine Diskussion der deutschen Vorschläge einlassen und in wirtschaftlichen Fragen Entgegenkommen zeigen wird. Wird einfach unsere Unterschrift unter den vorliegenden Entwurf verlangt, dann hat das Kabinett sich auf das „Unannehmbar“ festgelegt. Was dann wird, ist eine Frage, über die zu sprechen sich erst lohnt, wenn wir vor einer solchen Zwangslage stehen. Im anderen Falle ist immer noch die Hoffnung, daß schließlich ein Vertrag zustande kommt, der keine unmöglichen Bedingungen enthält und Deutschland den Wiederaufbau im Innern und nach außen gewährleistet.

Der Pariser Korrespondent des „Daily News“ berichtet, daß die deutsche Note über das Saarbecken gemäßigter sei. Der Korrespondent habe den Eindruck gewonnen, daß man sich grundsätzlich darüber geeinigt habe, daß die Bedingungen geändert werden sollen. Frankreich soll während der nächsten zehn Jahre Kohlen in einer Menge von Deutschland erhalten, die dem Ertrage der zerstörten französischen Bergwerksproduktion gleichkommt, und zwar kostenlos. Außerdem aber wird Deutschland an Frankreich soviel Kohlen liefern, wie die Gruben in Nordfrankreich in den nächsten zehn Jahren weniger produzieren als vor dem Kriege. Diese Kohlen soll Frankreich jedoch vergüten. — Eine derartige Lösung der Anliege würde ganz im Sinne der Note des Grafen Brockdorff-Rantzau liegen. Wir vermögen nach den bisher erlebten Enttäuschungen noch nicht so viel Optimismus aufzubringen, um in der obigen Meldung mehr als eine Kombination zu erblicken.

Versailles, 20. Mai. Graf Brockdorff-Rantzau hat heute eine Note an Clemenceau gerichtet, in der er für die nächsten Tage eine Reihe weiterer, genau bezeichneter Noten ankündigt. Da die hier behandelten Fragen, so heißt es dann in der heutigen Note, zum Teil sehr verwickelter Art sind und mit dem Saarverhandlungen sowohl in Versailles wie in Berlin eingehend erörtert werden mußten, werden sie in der von Curer Exzellenz am 7. d. M. bezeichneten Frist von 15 Tagen nicht sämtlich erledigt werden können, wenn die Delegation sich auch bemühen wird, möglichst viele der Noten innerhalb der Frist zu übergeben. Mit Rücksicht hierauf stelle ich namens der deutschen Friedensdelegation den Antrag, den Inhalt der in Aussicht genommenen Noten schon jetzt als zum Gegenstand der schriftlichen Erörterung gemacht anzusehen und uns für seine eingehendere Darlegung die erforderliche Frist zu gewähren.

Wilson rechnet mit der Nichtunterzeichnung.

Amsterdam, 20. Mai. Einer Radio-Meldung aus New York zufolge habe Präsident Wilson eine neue Notiz an die Vereinigten Staaten fertiggestellt, in der die Möglichkeit aufgestellt werde, durch die Vereinigten Staaten in irgendeinem zukünftigen europäischen Streit, der entstehe, wenn Deutschland den Friedensbedingungen nicht nachkomme, hineingezogen werden könne. Der Präsident werde den amerikanischen Kongress um die Ermächtigung bitten, einen Teil der amerikanischen Truppen für weitere fünf Jahre als Teil der Allierentruppen, die von Deutschland die Erfüllung der Friedensbedingungen zu erzwingen haben würden, am Rheine zu befehlen.

Engländer gegen die Blockade.

Amsterdam, 20. Mai. Das „Allgem. Handelsbl.“ meldet aus London, daß gestern in der Albert Hall eine große von der Gesellschaft zur Befreiung des Hungers einberufene Protestversammlung gegen die Blockade Deutschlands, durch die Hunderttausende von Frauen und Kindern ums Leben gekommen seien, stattgefunden hat. Der Vorsitzende Lord Darnley erklärte in seiner Rede, daß der Friede ein Friede des Wohlwollens und der Versöhnung sein müsse. Robert Smilie sprach ebenfalls und unterbreitete einen Antrag, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, Hilfe zu leisten, um die schreckliche Hungernot in den notleidenden Gebieten Europas zu bekämpfen. Carl Beauchamp stellte einen Antrag, in dem die Aufhebung aller Schranken, welche die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, und eine Politik des gleichberechtigten Handels zwischen allen Völkern gefordert wird.

Die Pfalz soll deutsch bleiben.

Zur Veranlassung in Speyer, in der die Schaffung einer selbständigen Republik unter Zustimmung aller Kreise der Bevölkerung abgelehnt und betont wurde, daß die Pfalz unwillkürlich zu Deutschland gehöre, erklärte die „Deutsche Allg. Ztg.“ folgendes: In eingeweihten Kreisen wird damit gerechnet, daß

die unverantwortlichen landesverräterischen Elemente, die für eine Vortrennung der Pfalz arbeiten und im wesentlichen aus Ehrgeizigen und Dabaierrigen bestehen, ihre Agitation auch nach der ersten Niederlage nicht aufgeben werden. Es ist mit weiteren Untrieben von ihrer Seite zu rechnen. Da diese landesverräterischen Persönlichkeiten aber tatsächlich über keinen größeren Einfluß in der Bevölkerung verfügen und keinen Gefolgsschatz in ihr haben, ist mit einem völligen Misserfolg ihrer weiteren Agitation zu rechnen.

Keine Abtretung Oberschlesiens?

Matzowitz, 20. Mai. Zwischen den hier weilenden Mitgliedern der Ententemission und dem Vizepräsidenten in Versailles fand ein Telegrammwechsel statt, aus dem hervorgeht, daß die Entente nicht abgeneigt ist, auf die Abtretung Oberschlesiens an die Polen zu verzichten.

Vorgehen der Entente gegen den Kronprinzen.

London, 20. Mai. (Heuter.) Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage, ob die Alliierten beabsichtigen, gegen den früheren deutschen Kronprinzen und die Lagerkommandanten, welche ungeschlichteter Behandlung Kriegsgefangener schuldig seien, ein Strafverfahren einzuleiten, erwiderte Bonar Law, der Ex-Kronprinz und die anderen erwähnten Persönlichkeiten würden nach den Bestimmungen des Vertrages einem gerichtlichen Verfahren in gleicher Weise unterworfen sein, wie die anderen feindlichen Personen, die an Kriegen beteiligt waren.

Vipinski und die Leipziger Volkszeitung.

Zwischen dem Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie, dem Abgeordneten Vipinski, und dem Parteiblatt, der „Leipziger Volkszeitung“, scheint nicht die besten Beziehungen zu bestehen. Das wurde schon neulich erkennbar, als das Blatt Dr. Geyers mit der Störung der Rente drohte und die Parteileitung unter Führung Vipinski von dieser Drohung öffentlich abstrakte. Aber ganz besonders beachtenswert ist ein Vorfall aus der letzten Sitzung der Volkskammer. Ministerpräsident Dr. Gradnauer legte dar, daß zwischen den Unabhängigen und den Spartakisten die Grenze vollkommen verwischt sei. Vipinski hat nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ erklärt, daß die Ziele der Unabhängigen und der Spartakisten die gleichen seien. Als Vipinski das durch beständige Zwischenrufe bestritt, erklärte ihm Dr. Gradnauer, damit hätte er doch der „Leipziger Volkszeitung“ eine Berichtigung übermitteln sollen. Da entschloß sich Herr Vipinski das sehr bezeichnende Geständnis: „Dann hätte ich alle Tage zu be richtigen.“

Austritt des Militärministers Schneppenhorst.

München, 20. Mai. Die hängigen Angriffe gegen das Ministerium Hoffmann, von denen wir in den letzten Tagen berichtet haben, beginnen bereits ihre Wirkung zu äußern. So verläutet mit großer Bestimmtheit aus Abgeordnetenkreisen, daß sich der Militärminister Schneppenhorst mit Austrittsgedanken trage.

Zur Flucht des Oberleutnants Vogel.

Berlin, 20. Mai. Der Abg. Dr. Oskar Cohn teilte zur Flucht des Oberleutnants Vogel mit, daß er am 14. Mai das Kriegsministerium und die Reichsanzeiger darauf aufmerksam gemacht habe, es seien für den Angeklagten Oberleutnant Vogel falsche Pässe vorbereitet. Hierzu ist schon festzustellen, daß umachend nach dieser Benachrichtigung durch die Abgeordneten Cohn sowohl das Kriegsministerium wie die Reichsanzeiger dem Reichswehrminister von der Aussage der Abgeordneten Cohn Mitteilung machten. Der Reichswehrminister hat noch am selben Tage den nachstehenden Befehl erlassen und ihn durch das Kriegsministerium dem Reichswehrtruppenkommando I (Abteilung Pommern) zugeleitet. Das Reichswehrtruppenkommando hat den Befehl sofort ordnungsgemäß weitergegeben. Der Befehl lautet:

Die Bewachung der Angeklagten des Diebstahls-Zuzens bura-Prozesses soll nach Nachrichten, die mir zugegangen sind, mangelhaft sein. Ich bitte, alle Maßnahmen mit dem ganz Ernst dieser Sache angemessenem Nachdruck so treffen zu lassen, daß keinerlei unerlaubte Freiheiten für die Angeklagten zustanden werden, und bitte, die mir zugegangene Nachricht den Angeklagten seien falsche Pässe nach Holland ausgestellt worden, nachzuprüfen und alle vorbeugenden Maßnahmen zu treffen. Auf keinen Fall darf ein Fluchtversuch fabrikmäßig oder schuldhaft erleichtert werden.

Berlin, 14. Mai.

(ges.) Nothe.

2000 Arbeitern gekündigt.

Karlsruhe, 20. Mai. Der „Frankfurter Kurier“ meldet, daß in Schweinfurt die erste automatische Gießhahnenfabrik, Schärer allen ihren Arbeitern, etwa 2000 an der Zahl, am 31. Mai gekündigt und dies mit Kohlenmangel und ungenügender Arbeitsleistung bei stets zunehmender Lohnforderung begründet habe, daß von anderen Werken die gleiche Maßnahme aus den gleichen Gründen als bevorstehend gemeldet werde und daß in Ratingen a. d. Rhön die Firma Leimbach & Co. ihren Arbeitern gekündigt habe, die die geforderten Löhne nicht zahlen könne.

Bürgerlicher Abwehrstreik.

Königsberg, 20. Mai. Der Aktionsausschuß für den Abwehrstreik gibt bekannt, daß infolge des politischen Generostreiks, den die Unabhängigen und Spartakisten vorsehen, alle hinter der Regierung Stehenden sofort in den Interessen der Allgemeinheit unbedingt notwendig gewordenen Abwehrstreik treten. Die Beamten, Privatangestellten,